

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Vereinigter Redaktion
Auer Tageblatt
Dr. A. Voigt, Max Döpke,
H. Völker, H. Klemm, A. Schäfer,
K. Klemm, A. Schäfer
Gesetzliche Ausschreibung
Gesetzliche Ausschreibung
Gesetzliche Ausschreibung

ausgestellt durch unsere Redaktion im Preis monatlich 5.00 Mark. Bei der Post besteht ebenfalls 10.00 Mark, monatlich 5.00 Mark. Erhältlich in den Buchhandlungen und mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Nahezu Zeitungsausstriche und Ausgaben, sowie alle Postenheiten und Briefmarken nehmen Bezahlung entgegen.

Rechtsprechung: Die Rechtsprechung ist öffentlich oder deren Raum für Anzeigen aus Aus- und dem Sozialerwerbskampf zu befreien, ausnahmsweise bis 10.00 Uhr. Nachmittagszeitung 2. — Mark. Bei größeren Abschiffungen entsprechender Kosten. Anzeigenannahme bis spätestens 9.00 Uhr normal. Zur Zeitung im Tag kann Gewähr nicht getroffen werden, wenn die Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 136.

Dienstag, den 14. Juni 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Wiederaufbauminister Rathenau hat gestern nachmittag Wiesbaden verlassen, um nach Berlin einzufahren. Minister Doucheur wird heute schriftlich die deutsche Wirtschaft beim Wißenspräsidenten Orland unterbreiten.

Die parteiliche Bentumts-Vorl.-Korr. spricht sich gegen Neuwahlen aus, da sie zu große Verunsicherungen mit sich bringen, eine Verschiebung der Reichstagsmehrheit aber kaum bringen würden.

Die Mehrheitssozialisten, Unabhängigen und Kommunisten verhandelten gestern nachmittag in Berlin Kundgebungen für den ermordeten Abgeordneten Gareis.

Vor dem Sondergericht des Landgerichts I zu Berlin begann am gestrigen Montag der Prozeß gegen den berüchtigten Bandenführer Höls.

Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm auf die Debatte über die Resolution Vortrefflich auf, die den Kriegszustand mit Deutschland und Österreich beendigt. Man erwartet allgemein die Annahme der Resolution.

Boucheurs Zusammenkunft mit Walter Rathenau.

Über die von französischen Blättern gemeldete Zusammenkunft des französischen mit dem deutschen Wiederaufbauminister liegen heute neue Meldungen vor, die das gestrige Dementi des DFB zu bestimmen scheinen. Die Unterredung zwischen Boucheur und Rathenau soll danach in Wiesbaden stattgefunden haben. Die Information des französischen Bürosozials hätte somit nur insofern das Richtige getroffen, als sie davon sprach, daß eine Reise des deutschen Wiederaufbauministers nach Paris nicht geplant sei. Die Pariser Meldungen lauten jedenfalls so, daß wir glauben sie unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen. Wir lassen sie nachstehend folgen:

Paris, 13. Juni.
Die Morgenblätter bringen alle ganz ausführliche und bis ins Einzelne gehende Meldungen über die beiden Unterredungen, die gestern vormittag und nachmittag Rathenau und Boucheur in Wiesbaden stattgefunden haben sollen. Die erste Besprechung habe von 1 Uhr vormittag bis 1 Uhr nachmittag stattgefunden; es sei im Laufe des Nachmittags eine zweite gefolgt, die drei Stunden gedauert habe. Der Matin hebt besonders hervor, daß die beiden Herren 5½ Stunden lang aufeinander gesprochen hätten und heute eine neue, mindestens ebenso lange Besprechung haben würden. Boucheur wird wahrscheinlich am Montag abend nach Paris zurückkehren. Die vorliegenden Meldungen über das Ergebnis dieser Besprechungen, ob sie nun statthaften haben oder nicht, werden fast von sämtlichen Blättern mit der größten Genugtuung und mit Wohlwollen aufgenommen. Daß beratige Besprechungen angelegt werden oder stattfinden könnten, hätte man vor wenigen Wochen noch für unmöglich gehalten, ebenso wie die öffentliche Meinung diese Besprechungen günstig aufnehmen würde. Der Grund hierfür ist in einer Reflexion der außerordentlich starken Spannung in den Beziehungen zu England zu suchen. Es zeigt sich, daß das Bedürfnis und der Wunsch Frankreichs, sich vom englischen Vorspann in der Kontinentalpolitik freizumachen. Es bleibt abzuwarten, wie das Parlament dazu stellen wird, immerhin lassen die Pressekommentare schon einen günstigen Schluß zu. Vor wenigen Wochen wäre ein Minister, der es gewagt hätte, persönlich mit einem deutschen Minister zu verhandeln, unverschuldet geworden und hätte das gesamte Kabinett geblieben. Heute stehen die Dinge wesentlich anders, und die in der Kammer immer mehr in Erhebung tretende Stimmung gegen England läßt es sich neuer Wind in die Segel blasen. Eine Annahme werden natürlich die Großconservativen machen. Sie sind aber eine Minorität, deren Einfluß diesmal so geringer sein wird, als die bisher in der Opposition verbliebenen Sozialisten und Kommunisten in der Frage der Annäherung an Deutschland in die reizungsreichen Wände einschwanken werden.

Der Verlauf der beiden Besprechungen.

Die Unterredung zwischen Boucheur und Rathenau stand, wie der Zeit Vorsitz aus Wiesbaden meint, in einem Meinungsaustausch über die Hauptfragen der Wiedergutmachung. Beide Männer, schreibt das Blatt, sind sehr verschieden voneinander, aber doch geblieben, sich zu verstehen. Der weite Geist Rathenau steht, der deutschen Überlieferung entsprechend, von ihrem allgemeinen System aus. Das ist ganz das Gepräge von dem, was die Intelligenz Boucheurs kennzeichnet. Der Boden, auf dem sie sich trafen, war die Freiheit, aber noch besser gesagt, die industrielle Freiheit. Die politischen Fragen wurden nach gemeinsamen Vereinbarungen ausgeschaltet, und die

Berichte Rathenau, von Oberleitern zu sprechen, wurden von Boucheur mit dem Hinweis auf den Berfailler Vertrag abgelehnt. Rathenau berichtete dann mit einer bemerkenswerten Schilderung der wirtschaftlichen Lage Europas. Der Eindruck, den man daraus gewann, war der, daß der deutsche Wiederaufbauminister mit dem Wirtschaftsleben mehr vertraut ist als mit der Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete. Rathenau meinte, daß die Wissensfrage von 28 Prozent schwer auf dem zukünftigen Budget Deutschlands lasten würde. Er sieht die Ansicht zu sein, daß das System der Londoner Obligationen durch ein neues Kreditmittel ersetzt werden könnte, vielleicht durch Wertpapiere, die Deutschland selbst unterzubringen sich bemühen werde. Rathenau scheint es jedoch als nicht möglich bezeichnet zu haben, seine Pläne schon in nächster Zeit genau festzulegen. Boucheur gab ihm zu verstehen, daß Deutschland auf seinen Fall hofft, um eventuelle Anleihen die Wirtschaft der Alliierten zu erhalten. Rathenau bestand darauf, daß die Naturleistungen eine Hauptrolle spielen müssten. Er wies nach, daß es für Deutschland bei dem gegenwärtigen Weltkriegsstand eine Frage auf Tod und Leben sei, daß es sich seiner Schuld durch Materiallieferungen oder Arbeitskraft entledigt.

Hier machte Boucheur einige Bemerkungen. Gewiß könnten und sollten die Naturleistungen eine große Rolle spielen. Man beschuldigte Frankreich zu Unrecht, sich diesen Leistungen aus mißverstandener Sorge um seine eigenen Interessen zu widersezten. Über die Naturleistungen tragen den verwinkelten Bedingungen nicht Rechnung, unter denen sich die Frage in der Praxis darstellt. Boucheur zeigte Rathenau die Schwierigkeiten, die man erst beheben müsse. So betonte Boucheur z. B. eingehend die Notwendigkeit, die Zahlungen für deutsche Lieferungen zu organisieren und sie für mehrere Jahre abzustufen. Nach den Londoner Beschlüssen sollen die Lieferungen im Laufe desselben Jahres durch fällige Kupons bezahlt werden, mit anderen Worten, die Materiallieferungen sollen in jedem Fall die deutschen Jahresleistungen überstreifen. Boucheur konnte leicht beweisen, daß, wenn diese Verpflichtung buchstäblich ausgeführt werden sollte, Frankreich nur ein geringes Interesse an den deutschen Sachleistungen hätte. Boucheur lenkte Rathenau aufmerksamkeit auch auf die Lieferung von Holzhäusern. Das ist der Inhalt der ersten Unterredungen, die Montag früh wieder aufgenommen werden sollen.

Verspätete amtliche Erfassung.

Nach einer 24stündigen Verpfändung verbreiten nun die zuständigen Berliner Stellen eine noch dazu recht nachlassende Auslösung über die Konferenz, die zwischen dem Minister für Wiederaufbau Dr. Rathenau und dem französischen Minister für die zerstörten Gebiete Boucheur in Wiesbaden stattgefunden hat. Es heißt darin, daß in den gestrigen fünfständigen Verhandlungen über die Reparations- und Wiederaufbaupläne des Punktes Sach- und Arbeitsleistung und Finanzierung zur Sprache kamen. Heute sollen noch weitere Einzelheiten erörtert werden. Eine Übereinstimmung hat sich bei dem Bestreben ergeben, die Aufgabe des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete in großem Ausmaß und verstärktem Tempo zu fördern.

Minister Boucheur über Rathenau.

Der französische Minister Boucheur, der am Sonntag zwei Besprechungen mit Walter Rathenau hatte, erklärte darüber in einer Unterredung: Ich kann für jetzt nur sagen, daß ich in Herrn Walter Rathenau den ich zum erstenmal gesehen habe, eine Persönlichkeit gefunden habe, die die besten Absichten hat, entschlossen ist, der Unterchrist Deutschlands Achtung zu verschaffen und als Geschäftsmann nach den besten Mitteln sucht, dieses Ziel zu erreichen.

Vaterländische Feier auf dem Collmberg.

Der Kreisverband Leipzig der Deutschen Demokratischen Partei veranstaltete am Sonntag auf dem Collmberg bei Oschatz eine vaterländische Kundgebung. Der herrliche Sichtwald war der rechte Ort zu der wichtigen Kundgebung für das Deutschland. Die Parteifreunde aus Leipzig, Oschatz, Wurzen und anderen Orten des Kreisverbandes hatten sich zu einer staatlichen Versammlung zusammengefunden. U. a. waren Reichsminister a. D. Dr. Koch-Berlin, Reichsabg. Geheimrat Goeh-Lipzig, Finanzminister a. D. Dr. Steinhold, die Landtagsabg. Jähnig-Mittelwalde und Frau Salinger-Dresden, Frau Johanna Basse-Wurzen und Frau b. Koerber anwesend. Die Veranstaltung nahm einen aldrigen Verlauf. Nach einer Wanderung durch die Oschatzer Gegend sprach Reichsminister a. D. Dr. Koch am Nachmittag auf dem Collmberg unter freiem Himmel über die politische Lage. Seine klaren und überzeugenden Ausschreibungen wurden begeistert aufgenommen. Rechtsanwalt Weinrich aus Oschatz sprach dem Minister für seine vor trefflichen Ausschreibungen den warmsten Dank der Partei und des Vaterlandes aus. Geheimrat Dr. Goeh betonte, daß der Weg Deutschlands jetzt wieder aufwärts führe, daß sich wieder überall eine Stärkung geltend mache. Jetzt sind wir auf

seinem Boden, wir hätten auch ein neues Staatswesen in Deutschland entwickelt. Nicht auf die Form des Staates kommt es an, sondern auf den Staat selbst. Vor allem heißt es, daß der Staat für Vaterland zu arbeiten und die Kämpfer des Wiederaufbaus zu stärken. Die Versammlung bekannte ihre Treue zum Vaterland durch das Siegel Deutschland über alles. Hierauf folgten besondere Veranstaltungen der Frauen und Jugend, bei denen Frau b. Koerber und Studiosus Reiß-Lipzig sprachen. Die vaterländische Kundgebung wird bei allen Beteiligten bleibenden Eindruck hinterlassen und in allen deutschen Landen einen starken Widerhall finden.

Dr. Stresemann über die politische Lage vor und nach dem Ultimatum.

In Hamburg trat der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zusammen. Dr. Stresemann eröffnete den Bericht über die politische Lage. Er gab dabei einen Rückblick über die Ereignisse seit dem 8. Juni 1920 und einen Ausblick auf die bevorstehende Entwicklung. Dr. Stresemann wies darauf hin, daß gegen die Annahme des Ultimatums anfangs eine völlige Einheitsfront bestanden habe, die sich auch hätte durchsetzen können, wenn nicht

der Einbruch Kornows in Oberschlesien

dazu gekommen wäre. Viele hätten nun mehr geglaubt, Oberschlesien durch Annahme des Ultimatums retten zu können. Die Lage sei am 8. Mai eine völlig andere geworden, als das Zentrum erklärt, es sei einstimmig für die Annahme des Ultimatums. In diesem Augenblick habe er versucht, nachdem über die Annahme des Ultimatums kein Zweifel mehr bestand, wenigstens die Erfüllung gewisser Voraussetzungen zu erreichen, besonders die Sicherung des oberschlesischen Industriegebietes. Da bis zur Abstimmung im Reichstag nichts genügend Gewicht für die Erfüllung dieser Voraussetzung vorlag, sei eine Annahme des Ultimatums durch die Deutsche Volkspartei überhaupt ausgeschlossen gewesen. Die Fraktion habe es aber mit Recht abgelehnt, in dieser Frage einen Abstimmungswang auszuüben. In Bezug auf die Haltung gegenüber der neuen Regierung vertrat Dr. Stresemann den bisher eingenommenen Standpunkt der sozialen Opposition. Es wurde eine Entschließung angenommen, wonach der Zentralvorstand die Ablehnung des Ultimatums durch die Reichstagsfraktion billigt und sich mit der Opposition einverstanden erklärt. Obzuhören sind sozialdemokratische Experimente jeglicher Art in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Hinzuwirken ist auf die Aufrechterhaltung der durch die bisherige Steuergesetzgebung in weitestem Umfang bereits hergestellten mittelständischen Schichten. Ferner wird der furchtbaren Bedrohung bedacht.

Ausdehnung des Streiks in Bayern.

Der Generalstreik hat sich auf Münchberg ausgedehnt. Die Straßenbahnen verkehren nicht. In den großen Werken ruht der Betrieb, die Tageszeitungen erscheinen aber. Weitweit die Arbeiterschaft am Streik beteiligt ist, läßt sich erst im Laufe des Tages feststellen. Aus den übrigen Provinzstädten liegen bis jetzt keine Nachrichten über eine Streikbeteiligung vor. Die über die angekündigte Generalstreikausdehnung vorliegenden Nachrichten aus Rempten, Lindau, Hofau und Landsberg besagen, daß der Streik teilweise durchgeführt wird. Die Zeitungen erscheinen dort nicht. Zu Mühelösungen ist es nirgends gekommen. Allenthalben hatte die organisierte Arbeiterschaft für den gestrigen Nachmittag Versammlungen einberufen, um zur Lage Stellung zu nehmen. Die Ruhe und Ordnung in München selbst wurde am Sonntag und Montag nirgends gestört. Der Streik der Arbeiterschaft in den großen Betrieben geht weiter, dagegen wird in den kleinen und mittleren Betrieben gearbeitet. Die Straßenbahn verkehrt; auch gestern wurde der Dienst mit Einschränkungen zur gewöhnlichen Stunde aufgenommen. Der Eisenbahnbetrieb ist normal; die Züge verkehren regelmäßig. Das über der Mordatmosphäre hängende Dunkel hat sich noch immer nicht gelichtet. Der Täter ist noch immer frei.

Aufmarsch zu Protestversammlungen in Berlin.

Am Montagabend riefen die Sozialdemokraten und Unabhängigen die Gewerkschaften und Angestelltenverbände in Berlin aus Anlaß der Ermordung des Abgeordneten Gareis zu Protestversammlungen für den gestrigen Montag auf. Die Sozialdemokraten hatten zum Nachmittag nach sechs großen Sälen Versammlungen einberufen zum Protest gegen die Zustände in Bayern. Die Kundgebung der Unabhängigen auf dem Schloßplatz sollte u. a. die sofortige Auflösung des Belagerungsstaates in Bayern, Wiederaufbau und Ostpreußen, die Auflösung der Sondergerichte und den Rücktritt der Regierung Rahr fordern. Das gleiche Blatt meldet, daß an der Ermordung des Gareis zwei Personen beteiligt gewesen seien.